

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02221) 21 8038/39  
Telex: 0886 846 ppbn d

## Inhalt

Peter Reuschenbach MdB, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft, fordert in der Kernkraftfrage: Gewerkschaften nicht überhören.  
Seite 1/2

Wolfgang Roth MdB, Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand, zum Tod von Agostinho Neto: Kein Handlanger der Sowjetunion.  
Seite 3

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands: Der Einstellungsstopp bei der Deutschen Bundesbahn muß fallen.  
Seite 4

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

34. Jahrgang / 176 / 13. September 1979

Gewerkschaften nicht überhören

Pro- und Contra-Kernkraftoptionen lassen sich nicht auf Dauer offen halten

Von Peter Reuschenbach MdB  
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages

Die Diskussion in der SPD über die künftige Rolle der Kernenergie zeigt ein breites Spektrum: Vom grundsätzlichen "Nein" über "Nicht mehr als heute" bis zum "behutsamen Ausbau" (W. Brandt). Und jede Auffassung hat ehrenwerte Motive. Dennoch kann eine in Regierungsverantwortung stehende Partei nicht umhin, den Menschen klar zu sagen, wie sie die Sicherung der Energieversorgung künftig gewährleisten will.

Deshalb muß die einmütige Feststellung der SPD-Energiekommission unterstrichen werden: "Die beiden Optionen (mit oder ohne Kernenergie) können allerdings nur für einen begrenzten Zeitraum parallel verfolgt werden. Auf die Dauer wird sich die Energiepolitik für die eine oder andere Option entscheiden müssen."

Auch und gerade die SPD darf nicht überhören, was die Gewerkschaften im Lande zur Energiepolitik sagen. Denn: Selbst überzeugte Kernenergiegegner bestreiten nicht, daß es für die Vollbeschäftigung interessierten Gewerkschaften von elementarer Wichtigkeit ist zu wissen, ob jederzeit ausreichend Energie für die Versorgung der Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden kann.

Ein Blick in das vom DGB im Juni 1979 verabschiedete "DGB-Aktionsprogramm" zeigt, daß nach gewerkschaftlicher Auffassung "auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke nach dem heutigen Erkenntnisstand nicht verzichtet werden kann". Ebenso wichtig der Hinweis auf die Entsorgung im DGB-Aktionsprogramm: "Eine zeitweilige Zwischenlagerung von Kernbrennstoffen ist vertretbar. Die politischen Instanzen müssen ein Entsorgungskonzept alsbald realisieren."

Vor diesem Hintergrund müssen auch die Ausführungen des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie auf dem IGBE-Gewerkschaftstag am 7. September 1979 in Dortmund gesehen werden. Fernab von jedem Kohle-Lobbyismus hat sich die IGBE selbst in die Verantwortung für eine sichere Energieversorgung genommen und dadurch ihren Vorsitzenden erklären lassen, daß im Bereich der Energieversorgung Öl und Gas "durch die unter dem Sicherheitspostulat stehende Kernenergie und durch unsere Kohle zu ersetzen sind."

Nach Meinung der IGBE wird der Stromverbrauch insbesondere dann weiter wachsen, wenn in vermehrtem Umfang energiesparende Maßnahmen durchgeführt werden, um die Ölabhängigkeit zu vermindern. Der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt erklärte dazu vor dem Gewerkschaftstag: "Zur Stromerzeugung stehen wegen der Verknappung von Öl und Gas auf längere Sicht nur Kohle und Kernenergie zur Verfügung. Die Elektrizitätswirtschaft wird sich für den zunehmenden Bedarf aus Steinkohle und Kernenergie stützen müssen."

Es ist für eine den Arbeitnehmern eng verbundene Partei wie die SPD nicht ratsam, zu überhören, was der Vorsitzende einer ebenso bewährten wie gesamtstaatlich verantwortungsbewußten Gewerkschaft unter dem Beifall der Delegierten aus den Betrieben zu den vielfältigen und buntschillernden Widerständen gegen den Bau von Energieerzeugungsanlagen feststellt: "Ich fürchte, daß hier mancher aus seiner persönlichen Geborgenheit und mit sicherem Anspruch auf Pension die notwendigen ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge verkennt und darüber hinaus auch noch übersieht, daß alle in diesem Land von der Arbeit derer leben, die Werte schaffen, Werte veredeln und Dienstleistungen erbringen."

Die SPD muß bald klären, ob sie die Gewerkschaften noch länger ohne eine klare Antwort auf die Fragen nach sozialdemokratischer Energiepolitik lassen will, oder ob sie zu einer Aussage fähig ist, in der sich die gewerkschaftlichen Vorstellungen wiederfinden. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften diese Antwort und die erforderliche Klarheit von anderer Seite erhielten.

(-/13.9.1979/hi/ca)

+ + +



Kein Handlanger der Sowjetunion  
-----

Mit Agostinho Neto starb der Vater der angolanischen Nation

Von Wolfgang Roth MdB

Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand

Mit Agostinho Neto ist kein Handlanger der Sowjetunion gestorben, wie gestern die Welt suggerierte, sondern ein afrikanischer Nationalist, der Vater der angolanischen Nation, wie ihn der französische "Le Monde" nennt. Neto hat Angola in einem mehr als zehnjährigen Befreiungskampf in die Unabhängigkeit geführt, und er hat von den Portugiesen einen ausgeplünderten Trümmerhaufen übernommen.

Wir haben heute selbstkritisch festzustellen, daß die Hinwendung der MPLA, der Befreiungsbewegung, die, von Neto geleitet, die Hauptlast des Befreiungskrieges getragen hat, und des später unabhängigen Angola zur Sowjetunion und zu Kuba ohne eine Beurteilung unserer Politik und der unserer Verbündeten nicht zu verstehen ist. In falschverstandener Loyalität zu einem NATO-Partner haben wir der Diktatur in Portugal jahrelang bei der Führung eines Kolonialkrieges Vorschub geleistet, der nicht nur die afrikanischen Kolonien des Landes in Chaos und Elend gestürzt, sondern Portugal selbst zum Armenhaus Europas gemacht hat. Sogar nach dem Sieg Netos war Angola noch von einem Bürgerkrieg geschüttelt worden, der - heute wissen wir das - von der Republik Südafrikas ausgehalten worden ist. Als einzige Stütze sah Agostinho Neto in dieser Lage die Sowjetunion und ihre Verbündeten.

Hans-Jürgen Wischnewski, Erhard Eppler, Uwe Holtz und andere sozialdemokratische Politiker haben schon vor Jahren davor gewarnt, Neto und die MPLA voreilig mit einem kommunistischen Etikett zu bekleben. Sie hatten recht; die von Neto wieder begonnene Öffnung seines Landes zum Westen, die von ihm gewünschte und forcierte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zeigen, daß Neto in erster Linie Angolaner gewesen ist.

Seinen politischen Weitblick hat er längst unter Beweis gestellt: Das Einlenken der SWAPO auf den Namibiaplan der fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im letzten Jahr wird vorwiegend seinem Einfluß zugesprochen.

Mit Agostinho Neto haben nicht die Sowjetunion und ihre Verbündeten einen Statthalter verloren, nicht die westlichen Staaten einen Feind, sondern Afrika einen bedeutenden Afrikaner. Bleibt nur zu hoffen, daß ihm ein ebenso unabhängiger Geist folgt.  
(-/13.9.1979/ks/ca)

+ + +



### Der Einstellungsstopp bei der DB muß fallen

---

Sanierungsmaßnahmen droht Scheitern durch Personalpolitik des Bahnvorstandes

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Seit 1974 ist durch einen hartnäckig praktizierten Einstellungsstopp bei der Deutschen Bundesbahn die Zahl der Mitarbeiter von 435.000 auf 350.000 reduziert worden. Bedingt durch den konjunkturbedingten Rückgang des Verkehrsaufkommens in den Jahren nach der Ölkrise 1974 sowie infolge umfangreicher Rationalisierungsinvestitionen bei der DB war dieser Personalabbau lange Zeit möglich, ohne daß Engpässe unmittelbar sichtbar wurden.

Seit jedoch das Verkehrsaufkommen der Bahn wegen des günstigen Konjunkturverlaufs sowie infolge der Verkaufsanstrengungen der Bahn sowohl im Güter- wie im Personenverkehr wieder deutlich steigt, wird der entstandene Personalengpaß insbesondere im Betriebs- und Verkehrsdienst immer deutlicher. Sichtbarer Ausdruck der dauernden Überforderung der Eisenbahner sind die hohe Zahl geleisteter Überstunden, der große Urlaubsrückstand und der steigende Krankenstand. Allein im ersten Halbjahr 1979 wurden rund 350.000 bezahlte Überstunden geleistet; für rund 4,5 Millionen Überstunden steht der Ausgleich durch Freizeit noch aus. Nahezu 40.000 Urlaubstage aus 1978 konnten aus dienstlichen Gründen noch nicht genommen werden und im laufenden Urlaubsjahr besteht bereits ein Rückstand von rund 650.000 Tagen.

Bedingt durch den offensichtlichen Personal-mangel im Produktionsbereich der Bahn (zum Beispiel Lokführer, Werkmeister, ebenso im Lande- und Abfertigungsdienst) treten zur Zeit in zunehmendem Umfang Kapazitätsengpässe auf. Die Bemühungen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschland (GdED), durch Steigerung des Verkehrsaufkommens der Bahn die Arbeitsplätze der Eisenbahner zu sichern, das Unternehmen zu sanieren und zur Straßenentlastung beizutragen, droht jetzt durch die kurzsichtige und falsch konzipierte Personalpolitik des Bahnvorstandes zu scheitern.

Der Hauptvorstand der GdED hat daher eine völlige Aufhebung des Einstellungsstops bei der Deutschen Bundesbahn gefordert. Gleichzeitig wurde der DB-Vorstand zu einer gezielten Werbekampagne für umfassende Neueinstellungen bei der Bahn im kommenden Jahr aufgefordert. Die Entscheidung über die Neueinstellungen im Jahr 1980 müssen bald fallen, um qualifizierten Schulabgängern des kommenden Jahres, die jetzt auf Stellensuche sind, rechtzeitig eine Zusage erteilen zu können.

Die GdED hat mit dem Vorstand der DB eine detaillierte Bestandsaufnahme vereinbart und wird in Kürze auch Gespräche mit den Bundesministern für Verkehr und für Finanzen führen. (-/13.9.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

